

## **BUND-Forderungen zur Senkung des Flächenverbrauchs**

Ein ganzes Bündel von Maßnahmen ist erforderlich, um die marktwirtschaftliche und umweltökonomische Steuerung des Flächenverbrauchs und der Umweltbelastungen durch Siedlung und Verkehr zu erreichen. Als erstes muss die vollständige Abschaffung umweltschädlicher Subventionen und Steuern angestrebt werden. Diese Strategie würde auch dem Finanzminister zu gute kommen und die Haushaltsmisere mindern. Im einzelnen gehören dazu:

- Die Abschaffung der Entfernungspauschale, um die Anreize zum Wohnen in städtischen und kommunalen Außenbereichen, die erheblich zum Flächenverbrauch durch Siedlung und Verkehr beitragen, zu vermindern.
- Die Abschaffung der Eigenheimförderung (damit Abbau der Verzerrungen bei individuellen Vermögensanlagen), um den Verbrauchern die tatsächlichen Kosten des Wohnens und der damit verbundenen Umweltbelastungen zu übertragen und als Entscheidungshilfe deutlich zu machen.
- Abschaffung der Grunderwerbsteuer, um die Umzugsmobilität und den Wechsel von Wohnungseigentum entsprechend den regionalen Arbeitsmarkterfordernissen nicht weiter zu erschweren.
- Verbesserung der Abschreibungsfristen auf Gebäude in den Innenbereichen, um die Innenentwicklung, die mit weniger Verkehr und Flächenverbrauch verbunden ist, finanziell attraktiver zu gestalten.
- Weiterentwicklung und konsequent umweltbezogene Ausgestaltung der Ökosteuer (dämpfende Wirkung auf Wohnraumsprüche, Senkung des Energieverbrauchs durch Wohnen und Verkehrsaufkommen, konsequentere Einbeziehung besonders energieintensiver Wirtschaftsbranchen).
- Verbesserung, Aufstockung und Weiterentwicklung der Städtebauförderung und der Dorferneuerungsprogramme, um öffentliche Einrichtungen und gemeinschaftlich nutzbare bauliche Anlagen sowie privatwirtschaftliche Gebäudesanierungen und Umweltoptimierungen attraktiver zu gestalten.

Dieses Maßnahmenbündel würde im Gesamtergebnis zur substantiellen Entlastung des Staatshaushalts führen. Für „Häuslebauer“ halten sich die finanziellen Auswirkungen in Grenzen, da sich gegensätzliche Wirkungen teilweise aufheben (z. B. bei der Eigenheimzulage und in Bezug auf die Grunderwerbsteuer).

Als neues Instrument schlägt der BUND die Einführung einer umweltbezogenen Flächensteuer, anstelle der derzeitigen Grund- und Grunderwerbsteuer vor. Diese Steuer sollte sich am Grad der zu erwartenden Umweltbelastungen und an den vorhandenen kommunalen Infrastrukturkosten orientieren. Dabei wäre eine Differenzierung nach dem Versiegelungsgrad und den Maßnahmen zur Verminderung ökologischer Belastungen bebauter Flächen anzustreben (wie durch ökologisches Bauen, Regenwasserzisternen, Brauchwassernutzung, Versickerung auf eigenem

Grundstück, energiesparende und wärmedämmende Maßnahmen). Sowohl die Belastungen durch die Flächennutzung als auch die Maßnahmen zur Verminderung der negativen Umweltauswirkungen könnten nach einem Ökopunktesystem bilanziert werden, um so eine optimale Grundlage zur Flächenbesteuerung zu schaffen.

Bei Einführung dieser Lenkungssteuer wird ein relativ hoher Basissteuersatz je Flächeneinheit angesetzt, der durch Nachweise einer geringeren Belastung durch den Steuerpflichtigen selbst (analog zur Praxis der Werbungskosten und Sonderausgaben bei der Einkommensteuer) vermindert werden kann. Lenkungswirkungen einer umweltbezogenen Flächensteuer sind nur dann zu erwarten, wenn das zu erwartende Aufkommen das der früheren Grunderwerb- und Grundsteuern deutlich übertrifft und dem einzelnen Flächennutzer die finanziellen Konsequenzen hoher Umweltbelastungen sowie mögliche Einsparungen deutlich vermittelt werden. Die Ökopunktnachweise zur Entlastung des einzelnen Steuerpflichtigen leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Da auf der anderen Seite Subventionen gestrichen werden sollen, verbleibt dem Staat mindestens das gleiche Finanzvolumen.

Neben den ökonomischen Instrumenten ist eine konsequente und zielgerichtete Umsetzung des Raumordnungsgesetzes und des Baugesetzbuches (z.B. der naturschutzrechtlichen Eingriffs-Ausgleichs-Regelung) sowie eine grundlegende Gemeindefinanzreform erforderlich, die dem Flächenverbrauch und dem „Export von Umweltbelastungen“ zugunsten kommunaler Einnahmen ein Ende bereitet.

Insgesamt orientieren sich die BUND-Vorschläge an marktwirtschaftlichen und umweltpolitischen Gestaltungsprinzipien, die auch zur Entbürokratisierung und Entflechtung staatlicher Eingriffe führen:

- Abbau/Modifikationen flächenverbrauchsfördernder Instrumente,
- Stärkung marktwirtschaftlicher Anreize zur Lösung der Umweltprobleme durch den Flächenverbrauch,
- Reduzierung auf möglichst wenig, aber wirksame Instrumente,
- Dezentrale Gestaltungsspielräume innerhalb übergeordneter Rahmensetzung (Ziel einer höheren Flexibilität),
- Verminderung der Steuer- und Abgabenlast der Bürgerinnen und Bürger,
- Minderung problematischer sozialer Auswirkungen durch entsprechende Abfederungen anstatt durch umweltschädliche Kompensationen.